



**Gemeinde Willstätt**

Am Mühlplatz 1  
77731 Willstätt

Gesetzlich vertreten  
durch Bürgermeister  
Tobias Polley

**Konzessionsvertrag**

**zur**

**Bewirtschaftung des Pachtgegenstands**

**Mensa an der Moscherosch-Schule**

**Hornisgrindestraße 2**

**77731 Willstätt**

**inkl. Belieferung**

von

**8 Kitas**

und

**2 Grundschulen**

## Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsbestandteile	3
§ 2 Vertragsgegenstand	3
§ 3 Preise und Abrechnung, Zuschuss für Nutzer	5
§ 4 Vertragslaufzeit / Option	7
§ 5 Kündigung	7
§ 6 Informationspflicht	8
§ 7 Datenschutz	8
§ 8 Höhere Gewalt	9
§ 9 Haftung	9
§ 10 Betriebshaftpflichtversicherung	9
§ 11 Salvatorische Klausel	10

## § 1 Vertragsbestandteile

Bestandteile des Vertrags sind in nachstehender Reihenfolge:

- *Leistungsbeschreibung* inkl. Anlagen
- Angebot der Konzessionsnehmerin
- *Preisdatenblatt* der Konzessionsnehmerin
- Ggf. Verpflichtungserklärung Seefisch
- Ggf. Verpflichtungserklärung Bio Fleisch
- Ggf. Eigenerklärung eingesetzte Fahrzeuge
- Ggf. Eigenerklärung Bioanteil am Warenvolumen
- Ggf. Eigenerklärung zum Einsatz Convenienstufe 0, 1 und 2
- Formulare mit Angaben zur vereinbarten Qualitätsstufe bzw. Nachhaltigkeit gemäß Bewertungsmatrix
- Musterspeisepläne der Konzessionsnehmerin aus dem Angebot
- Konzept der Konzessionsnehmerin mit den Inhalten:
  - Havarie
  - Qualitäts- und Beschwerdemanagement
  - Abfallvermeidung
  - Lebensmittelresterreduzierung

## § 2 Vertragsgegenstand

- (1) Der Konzessionsvertrag bezieht sich auf die Bewirtschaftung der

### **Bedarfsstelle 1**

Mensa an der Moscherosch-Schule  
Hornisgrindestraße 2  
77731 Willstätt

inkl. der Anlieferung von weiteren Bedarfsstellen der Gemeinde Willstätt  
(Bedarfsstellen 2 bis 11 gem. Absatz 6).

- (2) Die geforderten Leistungen umfassen die verzehrfertige Bereitstellung von Speisen zur Versorgung der Essensteilnehmer und alle damit verbundenen Dienstleistungen, die zur Bewirtschaftung der Mensa sowie zur Versorgung mit Mittagessen und zur Belieferung der Kitas und der Grundschulen mit verzehrfertigem Essen erforderlich sind und nachfolgend sowie in der *Leistungsbeschreibung* konkretisiert werden.
- (3) Die detaillierte *Leistungsbeschreibung* nebst Anlagen wird Vertragsbestandteil dieses Konzessionsvertrages.
- (4) Die Konzessionsnehmerin verpflichtet sich, ausreichend personelle- und technische Kapazitäten vorzuhalten, um die in der Anlage *Rahmenbedingungen* prognostizierte Menge liefern zu können. Die Konzessionsnehmerin hat solche technischen Geräte, die sie für die Zubereitung der Speisen benötigt und die nicht in der bereitgestellten Küche bzw. dem Inventar vorhanden sind, auf eigene Kosten anzuschaffen. Die Konzessionsnehmerin hat keinen Anspruch auf die Bereitstellung von Flächen über den Pachtgegenstand hinaus, für zusätzliche Geräte. Ein Austausch vorhandener Geräte ist nur nach vorheriger Zustimmung der Konzessionsgeberin zulässig.

(5) Die Konzessionsgeberin ist nicht zur Abnahme verpflichtet. Es besteht auch keine Mindestabnahmeverpflichtung.

(6) Anlieferstellen:

**Bedarfsstelle 2**

Grundschule Sand  
Blumenstraße 15  
77731 Willstätt - Sand

**Bedarfsstelle 3**

Grundschule Eckartsweier  
Hofstattstraße 22  
77731 Willstätt - Eckartsweier

**Bedarfsstelle 4**

Komm. KiTa "Kindertreff"  
Hornisgrindestraße 8  
77731 Willstätt

**Bedarfsstelle 5**

Komm. KiGa "Kindernest"  
Blumenstraße 15  
77731 Willstätt - Sand

**Bedarfsstelle 6**

Komm. KiGa "Villa Kunterbunt"  
Friedhofstraße 1a  
77731 Willstätt - Hesselhurst

**Bedarfsstelle 7**

Komm. KiKri "Zwergenhaus"  
Urloffener Straße 5 a  
77731 Willstätt - Legelshurst

**Bedarfsstelle 8**

Evang. KiGa "Kinderarche"  
Finkenstraße 5  
77731 Willstätt - Legelshurst

**Bedarfsstelle 9**

Komm. KiGa "Regenbogen"  
Hofstattstraße 22  
77731 Willstätt - Eckartsweier

**Bedarfsstelle 10**

Kath. KiGa "Krempenbrunnen"  
Schillerstraße 2  
77731 Willstätt

**Bedarfsstelle 11**

Komm KiKri „Kindertreff-Kirchstraße“  
Kirchstraße 92  
77731 Willstätt

Weitere Detailinformationen zu den Anlieferstellen ergeben sich aus der *Leistungsbeschreibung* bzw. den Anlagen zur *Leistungsbeschreibung*.

- (7) Bewirtschaftungs- und Liefertage sind grundsätzlich alle Öffnungstage. Abweichende Liefertermine bedürfen der Abstimmung. Ferienzeiten und einzelne Schließtage werden mindestens eine Woche zuvor bekannt gegeben. An diesen Tagen (Ferienzeiten und Schließtage) ist die Konzessionsnehmerin weder zur Lieferung berechtigt noch verpflichtet.
- (8) Die Konzessionsgeberin legt den Beginn und das Ende der Essenzeiten fest. Die derzeit gültigen Essenzeiten ergeben sich aus der *Leistungsbeschreibung* bzw. den Anlagen zur *Leistungsbeschreibung*. Die Konzessionsgeberin ist berechtigt, die Essenzeiten zu ändern. Jede Änderung der Essenzeiten wird der Konzessionsnehmerin mindestens vier Wochen im Voraus mitgeteilt.
- (9) Die Ordnungsgemäßheit der Lieferung (wie z.B. Temperatur, Lieferzustand, Menge etc.) an die Bedarfsstellen 2 bis 11 wird nach der Prüfung auf dem in doppelter Ausfertigung zu übergebenden Lieferschein dokumentiert.
- (10) Sämtliche Verpackungen müssen unversehrt sein. Nicht vertragsgemäß gelieferte Ware hat die Konzessionsnehmerin zurückzunehmen und dafür Ersatz anzubieten.
- (11) Sobald es für die Konzessionsnehmerin absehbar ist, dass sie den vertraglich geschuldeten Liefertermin nicht pünktlich einhalten kann, ist sie verpflichtet, die jeweilige Bedarfsstelle telefonisch zu informieren. Die Konzessionsnehmerin erhält nach Zuschlag die jeweiligen Kontaktdaten.
- (12) Hält die Konzessionsnehmerin Liefertermine nicht ein und gerät sie dadurch in Lieferverzug von mehr als 30 Minuten, ist die Konzessionsgeberin zum Rücktritt vom jeweiligen Abruf / Einzelauftrag berechtigt. Die Konzessionsgeberin führt in diesem Fall selbst eine Ersatzlieferung durch, es sei denn, dem vereinbarten Havariekonzept lässt sich eine gleichwertige oder bessere Ersatzmaßnahme entnehmen. Dann geht das Havariekonzept vor. Die Konzessionsnehmerin hat keinen Erstattungsanspruch für zu spät gelieferte Waren. Etwaige Mehrkosten, die durch die Ersatzlieferung anfallen, sind auf Nachweis von der Konzessionsnehmerin zu erstatten.

## **§ 2a Nachweise und Einhaltung der bewertungsrelevanten Angaben im Vergabeverfahren**

- (1) Die Konzessionsnehmerin hat den Nachweis der Einhaltung der von ihr bei der Speisenzubereitung angebotenen Conveniencestufen bzw. die Mindestanforderungen gemäß *Leistungsbeschreibung* durch Vorlage entsprechender Rechnungen oder gleichwertiger schriftlicher Nachweise innerhalb von 14 Tagen nach Anforderung gegenüber der Konzessionsgeberin zu erbringen. Aus den Dokumenten müssen sich anhand der Speisepläne und der Rechnungsdaten der Einsatz von Lebensmitteln in entsprechender Absatzmenge der angebotenen Conveniencestufen plausibel nachvollziehen lassen.
- (2) Die Konzessionsnehmerin hat den Einsatz von Bioprodukten nachzuweisen durch

das EU-Bio-Siegel gemäß Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007, ABl. Nr. L 189 vom 20.07.2007, S. 1 und Verordnung (EG) Nr. 967/2008 des Rates vom 29. September 2008, ABl. Nr. L 264 vom 03.10.2008, S. 1, über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen oder gleichwertig. Der Nachweis ist innerhalb von 14 Tagen nach Anforderung gegenüber der Konzessionsgeberin zu erbringen. Aus dem Nachweis muss sich die Verwendung von Ware mit dem EU-Bio-Siegel oder gleichwertig plausibel ergeben, beispielsweise durch Vorlage entsprechender Rechnungen mit einer Einkaufsmenge, die zum Absatz der verkauften Menüs passt.

- (3) Die Konzessionsnehmerin hat, sofern entsprechend angeboten, den Nachweis der Einhaltung der von ihr bei der Speisenzubereitung angebotenen ausschließlichen Verwendung von Seefisch aus MSC- oder ASC-Zertifizierung oder gleichwertiger Gütezeichen durch Vorlage entsprechender Rechnungen oder gleichwertiger für den Nachweis geeigneter Dokumente innerhalb von 14 Tagen nach Anforderung gegenüber der Konzessionsgeberin zu erbringen. Aus den Dokumenten müssen sich anhand der Speisepläne und der Rechnungsdaten der Einsatz von Seefisch mit entsprechender Zertifizierung in entsprechender Menge plausibel nachvollziehen lassen.
- (4) Die Konzessionsnehmerin hat, sofern entsprechend angeboten, den Nachweis von Fleisch aus artgerechter Tierhaltung wie beispielsweise dem Neuland-Verein, "Tierschutz kontrolliert" (Gold Stufe) oder gleichwertigem Gütezeichen oder gleichwertiger Gütezeichen durch Vorlage entsprechender Rechnungen oder gleichwertiger für den Nachweis geeigneter Dokumente innerhalb von 14 Tagen nach Anforderung gegenüber der Konzessionsgeberin zu erbringen. Aus den Dokumenten müssen sich anhand der Speisepläne und der Rechnungsdaten der Einsatz von Fleisch aus artgerechter Tierhaltung mit entsprechender Zertifizierung in entsprechender Absatzmenge plausibel nachvollziehen lassen.
- (5) Bei Warmverpflegung/„Cook&Hold“: Die Warmhaltezeiten der Mahlzeiten vom Zeitpunkt des Abfüllens in Transportbehälter dürfen (gemäß DGE-Qualitätsstandard) bis zur Ausgabe der Speisen vor Ort drei Stunden nicht übersteigen. Die Konzessionsnehmerin hat auf Anforderung gegenüber der Konzessionsgeberin den Nachweis über die Temperatur und den Zeitpunkt der Abfüllung innerhalb von 7 Tagen zu erbringen (z.B. durch Protokoll und Fotodokumentation).
- (6) Die Konzessionsnehmerin führt Protokoll über die für die Fahrten eingesetzten Fahrzeuge und deren Schadstoffklasse. Die Konzessionsnehmerin ist verpflichtet, Fahrzeuge mindestens entsprechend der angebotenen Euro Norm für die gesamte Vertragslaufzeit einzusetzen.
- (7) Die Konzessionsnehmerin muss entsprechende Belege/Nachweise für die vorstehenden Absätze 1 bis 7 mindestens 1 Jahr nach dem letzten Abrechnungstermin zum Zwecke möglicher Kontrollen aufbewahren. Im Falle des Einsatzes von Nachunternehmern bei der Erfüllung der bewertungsrelevanten Angaben im Vergabeverfahren, hat sie sämtliche einschlägige Vertragspflichten an solche Nachunternehmer weiterzugeben und ihre Nachunternehmer entsprechend ihrerseits zu verpflichten.
- (8) Die Konzessionsnehmerin gestattet der Konzessionsgeberin unangekündigte Kontrollen während der üblichen Geschäftszeiten in ihren für die Speisenzubereitung in Willstätt eingesetzten Zubereitungsbetrieben. Zweck solcher

Kontrollen ist die Verschaffung der Kenntnis darüber, dass die Produktionsprozesse sicherstellen, dass die im Vergabeverfahren zugesagten Waren und deren Qualität / Nachhaltigkeit auch tatsächlich für die Zubereitung der Speisen für die Versorgung in Willstätt verwendet werden.

- (9) Die Konzessionsnehmerin hat die Speiseplangestaltung an dem von ihr im Vergabeverfahren eingereichten Musterspeiseplan während der gesamten Vertragslaufzeit auszurichten. Dies betrifft vor allem die äußere Gestaltung, aber auch die Häufigkeit und den Wechsel der von ihr angebotenen Speisen. Die mit dem Angebot eingereichten Musterspeisepläne bilden die Vergleichsbasis für alle weiteren Speisepläne während der Vertragslaufzeit.

### **§ 3 Preise und Abrechnung, Zuschuss für Nutzer**

- (1) Die Bereitstellung der Essen erfolgt gem. den Regelungen in der *Leistungsbeschreibung* durch Vorbestellung der Nutzer bzw. deren gesetzliche Vertreter über ein internetbasiertes Bestell- und Abrechnungssystem. Das internetbasierte Bestell- und Abrechnungssystem wird von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellt.
- (2) Die Konzessionsgeberin legt nach Auftragserteilung für die in der Anlage *Preisdatenblatt* definierten Menüs einen freiwilligen Zuschussbetrag der Gemeinde Willstätt an die Nutzer (Schüler\*Innen) bzw. deren gesetzliche Vertreter fest. Sonstige Bezugsberechtigte (Lehrer, Gäste, sonstige von der Konzessionsgeberin zugelassenen Personen) haben den im Preisblatt (Produkte/Leistungen) definierten Angebotspreis zu bezahlen. Auf die Gewährung eines Zuschusses besteht kein Anspruch.
- (3) Die Abrechnung der vom Bestell- und Abrechnungssystem erfassten Essen erfolgt gegenüber den Nutzern bzw. deren gesetzlichen Vertretern über ein Treuhandkonto bei der Konzessionsnehmerin, auf welches die Nutzer bzw. die gesetzlichen Vertreter Einzahlungen vornehmen. Jedes über das internetbasierte Bestell- und Abrechnungssystem bestellte und gelieferte bzw. nicht fristgerecht abbestellte Essen wird gegenüber den Nutzern bzw. den gesetzlichen Vertretern, abgerechnet.
- (4) Die Gemeinde Willstätt erhält eine monatliche Aufstellung über die bestellten und gelieferten bzw. nicht fristgerecht abbestellten Essen, aufgesplittet nach den Bedarfsstellen und übersendet diese zusammen mit der Abrechnung des Zuschusses, soweit dieser gewährt wird.
- (5) Die Konzessionsnehmerin erhebt die mit ihrem Angebot im Preisblatt angebotenen Nettopreise zzgl. der zum jeweiligen Leistungserbringungszeitraum geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Angebotspreise sind Festpreise während der Vertragslaufzeit von drei Jahren (bis 31.08.2029 bei Inanspruchnahme der entsprechenden Verlängerungsoptionen). Wenn der Vertrag über den 31.08.2029 hinaus bestanden hat, sind beide Vertragsparteien berechtigt, eine Anpassung der Preise zu verlangen, die in der Anlage *Preisdatenblatt* aufgeführt sind. Die Preise werden im gleichen prozentualen Verhältnis angepasst, wie sich der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (VPI) oder ein an seine Stelle getretener Index gegenüber dem zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses verändert hat. Eine Anpassung kann zum 01.09.2029 und zum 01.09.2030 erfolgen. Die Preisanpassungsforderung muss mindestens 6 Monate vorab schriftlich mitgeteilt werden.

- (6) Der Essenspreis beinhaltet alle Nebenkosten für die Anlieferung und Herstellung der Speisen sowie für die sonstigen in der Leistungsbeschreibung und in den in Anlage *Rechte und Pflichten der Vertragsparteien* beschriebenen Vertragspflichten.
- (7) Die Abrechnung gegenüber den Nutzern erfolgt monatlich zu Beginn des Folgemonats. Spätestens 2 Wochen nach Monatsende ist eine Rechnung (getrennt nach den jeweiligen Bedarfsstellen) über die eventuellen Zuschussbeträge, die die Gemeinde Willstätt an die gesetzlichen Vertreter zu erstatten hat, auszustellen.
- (8) Die Konzessionsnehmerin stellt die Pausenverpflegung / Kioskverkauf gem. den Regelungen in der *Leistungsbeschreibung* in eigenem Namen, auf eigene Rechnung und auf eigenes wirtschaftliches Risiko bereit (Konzession). Die Abrechnung der Pausenverpflegung erfolgt ausschließlich bargeldlos. Das von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellte Bestell- und Abrechnungssystem kann hierfür von der Konzessionsnehmerin ebenfalls genutzt werden.
- (9) Die Konzessionsnehmerin ist verpflichtet quartalsweise, erstmals zum 31.12.2026, der Konzessionsgeberin eine Auswertung (Excel-Format) über die erwirtschafteten Umsätze aus dem Pausen- und Kioskverkauf zur Verfügung zu stellen. Aus der Auswertung müssen sich die Art der verkauften Produkte sowie Menge und Preis ergeben.
- (10) Die Preisgestaltung bezüglich der Pausen- und Kioskverpflegung (Konzession) bleibt über die Grundversorgung gemäß Preisblatt hinaus grundsätzlich der Konzessionsnehmerin überlassen; die Regelungen in der *Leistungsbeschreibung* sind zu beachten. Für die Pausen- und Kioskverpflegung hat die Konzessionsnehmerin mit ihrem Angebot Preislisten vorgelegt, die mindestens für drei Jahre Gültigkeit haben und Vertragsbestandteil werden. Zukünftige Preiserhöhungen sind möglichst maßvoll und für Schüler und Schülerinnen angemessen zu gestalten.
- (11) Für die Reinigung des Kioskbereichs nach Veranstaltungen gem. § 1 Absatz 6 des *Pachtvertrags* erhält die Konzessionsnehmerin die in der Anlage *Preisdatenblatt* festgelegte Reinigungspauschale. Die Abrechnung erfolgt gegenüber der Konzessionsgeberin spätestens 2 Wochen nach der jeweiligen Veranstaltung.
- (12) Zahlungen erfolgen jeweils unter Vorbehalt und bedeuten weder Abnahme noch Anerkennung einer Leistung als vertragsgemäß.

#### **§ 4 Vertragslaufzeit / Option**

Der Vertrag kommt mit Zuschlag zustande und endet am 31.08.2027. Leistungsbeginn ist der 01.09.2026. Wenn die Konzessionsgeberin nicht sechs Monate vor Vertragsende schriftlich kündigt verlängert sich der Vertrag um jeweils 1 weiteres Jahr (Verlängerungsoption), bis maximal zum 31.08.2031. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen. Zur Wirksamkeit der Kündigung kommt es auf den Zugang der schriftlichen Kündigung bei der Konzessionsnehmerin an.

#### **§ 5 Kündigung**

- (1) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt



unberührt. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus diesem Konzessionsvertrag, ist die Kündigung erst nach Abmahnung und erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist von mindestens vier Wochen zulässig. Jede Kündigung bedarf der Schriftform. Zur Fristwahrung ist deren Zugang maßgeblich. Bei Auflösung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund kann die Konzessionsnehmerin keine Entschädigungsansprüche gegenüber der Konzessionsgeberin geltend machen.

(2) Weiter liegt ein wichtiger Grund zur Kündigung vor,

- wenn sich die Konzessionsnehmerin trotz schriftlicher Abmahnung schwerer Verletzungen des Vertrages schuldig macht,
- wenn die Konzessionsnehmerin in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit unzutreffende Angaben gemacht hat,
- wenn die Konzessionsnehmerin trotz schriftlicher Abmahnung den Betrieb stark vernachlässigt, insbesondere Service und Qualitätsmanagement,
- wenn die Konzessionsnehmerin in sonstiger Weise trotz schriftlicher Abmahnung ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht nachkommt und / oder die Rechte des Auftraggebers nicht nur geringfügig verletzt; zu solchen Pflichten zählt insbesondere die Nachweisführung gemäß § 2a,
- wenn die Konzessionsnehmerin trotz schriftlicher Abmahnung die im Vergabeverfahren zugesagten Qualitäten und oder Nachhaltigkeitskriterien nicht einhält (Conveniencestufen, Bio-Anteil, saisonale Obst- und Gemüseanteile, Fleisch aus artgerechter Tierhaltung, Seefisch Zertifizierung).
- Solchen Handlungen des Auftragnehmers stehen Handlungen von Personen gleich, die sie gesetzlich vertreten, von ihr beauftragt oder für sie tätig sind.

Im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses haftet die Konzessionsnehmerin für den Schaden, den die Konzessionsgeberin erleidet.

(3) Wird dieser Konzessionsvertrag gleich aus welchem Rechtsgrund beendet, steht den jeweiligen Parteien ein außerordentliches Kündigungsrecht hinsichtlich des Pachtvertrags zu.

## **§ 6 Informationspflicht**

(1) Die Konzessionsnehmerin teilt der Konzessionsgeberin alle wesentlichen Veränderungen in ihrem Betrieb zeitnah schriftlich mit, die Einfluss auf die Leistungserbringung haben könnten. Dazu zählen insbesondere

- Änderungen der Gesellschafterstruktur
- Änderungen in den Betriebsabläufen
- Änderungen bei den Ansprechpartnern.

(2) Die Konzessionsnehmerin erteilt der Konzessionsgeberin auf Anforderung Auskunft über alle lebensmittel- und hygienerechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Verpflegungsangebot. Dies betrifft insbesondere Auskünfte über das Hygienekonzept und die gesetzlich vorgeschriebenen Schulungen der Mitarbeiter der Konzessionsnehmerin.

## **§ 7 Datenschutz**

- (1) Da die Konzessionsnehmerin aufgrund ihrer Tätigkeit möglicherweise mit personenbezogenen Daten in Kontakt kommt, ist sie zur Beachtung des Datenschutzes, insbesondere zur Wahrung der Vertraulichkeit, verpflichtet.
- (2) Die Verpflichtung besteht umfassend. Personenbezogene Daten dürfen selbst nicht ohne Befugnis verarbeitet werden und anderen Personen diese Daten nicht unbefugt mitgeteilt oder zugänglich gemacht werden.
- (3) Der Auftragnehmer wird deshalb insbesondere bei Durchführung dieses Vertrags sämtliche für ihn geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere solche der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) einhalten. Er wird dazu geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik ergreifen, um einen angemessenen Schutz der im Rahmen der Zusammenarbeit verarbeiteten Daten zu gewährleisten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich über alle Informationen und alle Unterlagen Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren und Unterlagen und Informationen nur zur Durchführung dieses Vertrages zu verwenden.
- (4) Sofern mit der Ausführung der Leistung durch den Auftragnehmer auch Tätigkeiten verbunden sind, für die nach Auffassung des Auftraggebers der Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags im Sinne des Art. 28 DSGVO oder einer anderen datenschutzrechtlichen Vereinbarung erforderlich ist, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, einen solchen Vertrag mit dem Auftraggeber zu verhandeln und abzuschließen.
- (5) Unter einer Verarbeitung versteht die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.
- (6) „Personenbezogene Daten“ im Sinne der DSGVO sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.
- (7) Die Verpflichtung besteht ohne zeitliche Begrenzung und auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

## **§ 8 Höhere Gewalt**

Werden die Vertragsparteien aufgrund höherer Gewalt (z.B. Naturkatastrophen, Epidemien, Pandemien, Seuchen, terroristische Angriffe, Stromausfall, Streik und Aussperrung (soweit die Aussperrung rechtmäßig ist) oder gesetzliche

Bestimmung oder Maßnahmen der Regierung oder von Gerichten oder Behörden (unabhängig von ihrer Rechtmäßigkeit)) an der Erfüllung ihrer Vertragspflichten gehindert, ruhen für beide Vertragsparteien die Vertragspflichten für den Zeitraum bis zum Wegfall der höheren Gewalt. Im Übrigen gelten die Regelungen in § 5 VOL/B.

## **§ 9 Haftung**

Die Vertragsparteien haften einander nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit sich aus diesem Vertrag keine anderen Regelungen ergeben.

## **§ 10 Betriebshaftpflichtversicherung**

- (1) Die Konzessionsnehmerin ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von

- 5.000.000,00 € für Personenschäden pro Schadensfall
- 1.000.000,00 € für Sach- und Vermögensschäden pro Schadensfall

abzuschließen und aufrechtzuerhalten.

- (2) Die Konzessionsnehmerin hat für die ihr von der Konzessionsgeberin im Pachtvertrag zur Verfügung, Benutzung oder zu einem sonstigen Zweck überlassenen Sachen in ihrer Haftpflichtversicherung das Risiko der gesetzlichen Haftung aus „Beschädigung oder Zerstörung durch Feuer und Explosion“ eingeschlossen. Die Höchstentschädigung hierfür beträgt € 5.000.000,00.

- (3) Die Konzessionsnehmerin weist nach, dass die Haftpflichtversicherung auch eine Miet- / Pachtsachschadendeckung beinhaltet.

- (4) Die Konzessionsnehmerin hat der Konzessionsgeberin unverzüglich schriftlich anzuzeigen, sobald ein Versicherungsschutz nicht mehr besteht.

- (5) Auch bei Ausfall der Küche durch Brand, Explosion o.ä. ist die Konzessionsnehmerin verpflichtet, eine ordnungsgemäße Versorgung zu gewährleisten.

- (6) Die Konzessionsnehmerin haftet bei Verlust von ihr oder ihren Arbeitskräften anvertrauten Medien für das elektronische Zugangs- und Schließsystem.

- (7) Die Konzessionsgeberin haftet nicht für Entwendungen und Beschädigungen der von der Konzessionsnehmerin oder ihrem Personal in das Gebäude eingebrachten Sachen. Der Haftungsausschluss gilt nicht für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.

- (8) Die Konzessionsgeberin ist berechtigt, bei Entstehen von Forderungen aus den vorstehenden Sachverhalten durch einfache Erklärung nach § 387 ff. BGB gegen Forderungen der Konzessionsnehmerin aufzurechnen.

- (9) Die Konzessionsnehmerin stellt die Konzessionsgeberin von etwaigen Schadenersatzansprüchen dritter Personen frei, soweit diese Ansprüche auf einer von der Konzessionsnehmerin zu vertretenden Verletzung dieses Vertrages beruhen.
- (10) Die Konzessionsnehmerin haftet für alle Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die der Konzessionsgeberin nachweislich durch sie oder ihre Mitarbeiter bei der Erfüllung der vertraglichen Aufgaben infolge einer schuldhaften Verletzung dieses Vertrages entstehen. Ihr obliegt der Nachweis, dass er die Vertragsverletzung nicht zu vertreten hat.
- (11) Auf Verlangen der Konzessionsgeberin ist eine Haftpflichtversicherung mit höheren Deckungssummen abzuschließen, wenn und soweit sich die bei Vertragsschluss versicherte Gefahr erhöht. Ergeben sich aus der Gefahrerhöhung erhöhte Versicherungsbeiträge, so hat den Erhöhungsbetrag diejenige Partei zu tragen, die die Gefahrerhöhung verursacht hat.

### **§ 11 Salvatorische Klausel und Sonstiges**

- (1) Alle Mitarbeiter, die mit offenen Lebensmitteln umgehen, müssen vier Wochen nach Zuschlag ein aktuelles amtliches Gesundheitszeugnis nach § 43 IfSG (Infektionsschutzgesetz) vorlegen.
- (2) Der Bieter verpflichtet sich, alle Mitarbeiter mindestens einmal jährlich zu den Themen Hygiene, Allergene, Nachhaltige Beschaffung und Schulverpflegungsqualität fortzubilden.
- (3) Erfüllungsort und allgemeiner Gerichtsstand ist, soweit zulässig, für beide Vertragsparteien Willstätt.
- (4) Wesentlicher Bestandteil dieses Konzessionsvertrags sind die unter Ziff. 1 genannten Anlagen, diese werden ausdrücklich anerkannt.
- (5) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Konzessionsvertrags unwirksam sein, verpflichten sich die Parteien, anstelle der unwirksamen Bestimmungen eine solche zu vereinbaren, die dem sachlichen und wirtschaftlichen Inhalt der unwirksamen Bestimmung entsprechen. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Vertragslücke besteht.
- (6) Alle Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

Willstätt, den

---

Bürgermeister Tobias Polley

Verpächterin

---

XXX

Pächterin